



Landwirtschaftlichen Familienbetrieben eine Zukunft geben

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, eine Arbeitsgruppe aus den Wirtschaftsbeteiligten und unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen einzusetzen, welche den Auftrag erhält, einen Gesellschaftsvertrag Landwirtschaft 2050 zu erarbeiten.

1. Ziel ist es, dem landwirtschaftlichen Familienbetrieb als gesellschaftspolitisch gewünschtem Leitbild ein dauerhaft tragfähiges Fundament zu erarbeiten.
2. Es müssen Einkommenstransfers stattfinden, welche diesen Strukturen einen Wettbewerbsvorteil zukommen lassen, der die gesellschaftlich gewünschten Gemeinwohlleistungen angemessen honoriert.
3. Es muss ein breit getragener gesellschaftlicher Konsens erarbeitet werden, in dem definiert wird, welches diese Gemeinwohlleistungen sind und wie sie planbar auf der Grundlage eines breit getragenen Gesellschaftsvertrages zur Grundlage unternehmerischer Entscheidungen gemacht werden können.
4. Die langfristige finanzielle Tragfähigkeit des Systems wird an den Endverbraucherpreis gekoppelt.

Begründung:

Das gesellschaftspolitisch immer wieder artikulierte Ziel einer Struktur von landwirtschaftlichen Familienbetrieben wird mehr und mehr und immer schneller fortschreitend von der Realität überholt.

Allein von 2010 bis 2017 ist die Zahl der Betriebe mit Rinderhaltung um 18 Prozent geschrumpft, die Betriebe mit Milchkühen nahmen um 28 Prozent ab. Bei den Schweinehaltern war der Rückgang noch dramatischer: Hier hat sich die Zahl der Betriebe zwischen 2007 und 2016 halbiert. Die Wachstumsschwelle – also die Größe, ab der die Zahl der Betriebe zunimmt und nicht schrumpft - liegt derzeit bei über 200 ha.

Parallel dazu ist zu befürchten, dass dieser sich beschleunigende Strukturwandel in den kommenden Jahren zu erheblichen Strukturbrüchen führen wird.

Eine neue Düngeverordnung, Insektenschutz, Kürzungen bei den Direktzahlungen der GAP, Wettbewerbsnachteile beim Pflanzenschutz, Tierwohl oder das Verbot des Einsatzes von Glyphosat ab 2023 zeigen beispielhaft auf, dass diese politischen Ziele die Bedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft am Standort Deutschland massiv verschlechtern werden.

Hinzu kommen die im internationalen Vergleich ohnehin höheren Kosten beim Bauen, bei den Löhnen oder auch im Energiesektor. Alle diese Faktoren belasten insbesondere kleinere Betriebe in signifikant höherem Ausmaß.

Als letzten Punkt in diesem Zusammenhang ist zu nennen, dass nach dem Empfinden der Landwirtschaft die gegenwärtige gesellschaftspolitische Stimmungslage sie in einem nie gekannten Ausmaß trifft. Das gipfelt darin, dass die Landwirte beim Thema Klimaschutz, Tierschutz oder auch Grundwasserschutz reflexartig in die Täterrolle gestellt werden, gleichwohl sie doch im Regelfall innerhalb unserer Rechtsnormen gewirtschaftet haben. Diese Form des Verantwortlichmachens führt dazu, dass die Bereitschaft von jungen Landwirtinnen und Landwirten sich für eine Betriebsübernahme zu entscheiden, fortschreitend abnimmt. Neben den wirtschaftlichen Überlegungen ist damit ein weiterer Faktor für die Beschleunigung des Strukturwandels ausgemacht.

32. Bundesparteitag der CDU Deutschlands

Antrag der CDU in Niedersachsen



Politik hat die Aufgabe einen Rahmen zu schaffen. Grundvoraussetzung ist sich ehrlich zu machen und der Bevölkerung aufzuzeigen: „Wer landwirtschaftliche Familienbetriebe in der Ernährungswirtschaft möchte, wer mehr Artenschutz, Klimaschutz, Tierschutz, Immissionsschutz und gleichzeitig regional erzeugte Lebensmittel wünscht, der muss auch bereit sein den erforderlichen Preis dafür zu zahlen.“

Die Grundlage ist ein Gesellschaftsvertrag.